**Ausschussbetreuender Bereich
BM-13 / Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden**

Drucksachen-Nr.

0172/2014

öffentlich

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
Sitzung am 04.06.2014**

Antrag gem. § 24 GO

Antragstellerin / Antragsteller

Wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht

Tagesordnungspunkt Ö

Anregung vom 27.11.2013, Feinstaubmessungen im Bereich der St.-Konrad-Straße und der Straße Im Grafeld durchzuführen

Stellungnahme des Bürgermeisters:

In seiner Sitzung am 26.02.2014 hat sich der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden mit einem Bürgerantrag befasst, der auf die Durchführung von Feinstaubmessungen im Bereich der St.-Konrad- Straße und der Straße Im Grafeld abstellte. Nach ausführlicher Diskussion wurde eine Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mehrheitlich abgelehnt. Allerdings wurde die Verwaltung beauftragt, die Schulkonferenzen der beiden Grundschulen im Bereich der St.- Konrad- Straße zu kontaktieren, um die Möglichkeiten einer Entzerrung der Unterrichtsanzfangszeiten zu klären und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu berichten.

Dem Beschluss entsprechend hat die Schulverwaltung daraufhin die beiden Schulen angeschrieben und um eine Stellungnahme hinsichtlich der Entzerrung der Unterrichtsanzfangszeiten gebeten. Beide Schulen haben sich in ihren Antworten vom 28.03.2014 bzw. 06.04.2014 gegen dieses Ansinnen ausgesprochen. Begründet wird dies wie folgt:

Die Gemeinschaftsgrundschule Hand weist darauf hin, dass sie bereits zum heutigen Zeitpunkt 185 Kinder in der Offenen Ganztagschule betreut. Ab dem kommenden Schuljahr würden es 215 sein. Die Kinder würden ihre Mahlzeiten unmittelbar nach Schulschluss der ersten und zweiten Klassen in einem lediglich auf 30 Schüler ausgerichteten „Bistro“ sowie in

den Klassenräumen einnehmen. Zu Entzerrung äßen die Schüler der vierten Klassen in der zweiten Pause von 11:30 Uhr bis 12:00 Uhr, die hierfür eigens verlängert wurde.

Ein späterer Schulbeginn verlagere die Essensausgabe so weit nach hinten, dass zum einen für Hausaufgaben bzw. Spiel und Erholung zu wenig Zeit bleibe, insbesondere für die Kinder, die bereits um 15:00 Uhr von ihren Eltern abgeholt würden. Zum anderen brächten viele Eltern ihre Kinder bereits ab 7:30 Uhr in die Schule, damit sie pünktlich zu ihrem Arbeitsplatz kämen. Ein späterer Zeitpunkt sei für diese nicht zu leisten. Hinzu trete, dass die Schule dann für eine Betreuung der Kinder zwischen 7:30 Uhr und 8:30 Uhr zu sorgen hätte, wofür es weder Fördergelder noch Lehrerstellen gebe.

Die katholische Grundschule Hand verweist darauf, dass bei einem früheren Schulanfang die Schüler entsprechend früher in die offene Ganztagschule wechselten. Da die Kinder wegen der vorgegebenen Abholzeiten zur Zeit zwischen 15:00 Uhr und 16:30 Uhr betreut würden, fiel insgesamt mehr Betreuungszeit an der Schule an. Für die erforderlichen Zusatzstellen gebe es aber keine Finanzierung. Die Schule verweist auf das äußerst knappe Budget des Landes Nordrhein-Westfalen für die offenen Ganztagschulen.

Gegen einen späteren Schulanfang wird angeführt, dass dann die Kinder später in die offene Ganztagschule wechselten. Hieraus resultiere eine Verringerung der Zeitspanne für das Mittagessen. Da auch an dieser Schule 140 Kinder die Offene Ganztagschule besuchten, sei es dann nicht mehr möglich, dass alle Schüler um 14:00 Uhr mit dem Mittagessen fertig sind. Dies werde aber für unbedingt notwendig erachtet, da es für die Kinder unzumutbar sei, länger auf das Mittagessen zu warten.

Die Verwaltung hält die Argumentation der beiden Schulen für nachvollziehbar. Eine Veränderung der Schulbeginnzeiten im untersuchten Sinne würde mit Sicherheit auch den Widerstand der betroffenen Eltern hervorrufen. Es wird vor diesem Hintergrund verwaltungsseitig als bedenklich angesehen, geänderte Öffnungszeiten zu forcieren und die Schulen dadurch vor kaum lösbare logistische Probleme zu stellen, ganz abgesehen von der nicht gegebenen Finanzierung und des nicht vorhandenen Betreuungspersonals.

Letztlich kann, wie bereits in der Diskussion im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden am 26.02.2014 deutlich wurde, nur an die Einsicht der Eltern appelliert werden, ihre Kinder möglichst rasch so weit zur Eigenständigkeit zu erziehen, dass diese den Schulweg zu Fuß leisten. Dies würde aus Sicht der Verwaltung mit der Verringerung der Abgasimmissionen durch das Entfallen des Bring- und/ bzw. Holverkehrs zu der vom Petenten gewünschten Reduzierung der Feinstaubbelastung beitragen. Zudem wäre dies auch ein Beitrag zur Verringerung des allmorgentlichen Verkehrschaos im Eingangsbereich der Schulen, unter dem auch die Anwohner der St.- Konrad- Straße nicht unwesentlich zu leiden haben. Ganz abgesehen von den immer mal wieder umgefahrenen Begrenzungspfählen aus Holz in der Straße.